

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Addis Abeba: Die einmalige Gelegenheit

Von Kathrin Berensmann,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 13.07.2015

Addis Abeba: Die einmalige Gelegenheit

Bonn, 13.07.2015. Heute beginnt die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba. Sie bildet den Auftakt von drei Weltgipfeln zu Schlüsselfragen globaler nachhaltiger Entwicklung in nur sechs Monaten. Der Finanzierungsgipfel soll die Grundlage für die UN-Generalversammlung im September 2015 in New York legen, auf der die Weltgemeinschaft die neue Post-2015-Agenda mit universellen Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) beschließen wird. Gleichmaßen ist der erste Gipfel richtungsweisend für den Klimagipfel in Paris im Dezember, auf dem das Kyoto-Nachfolgeabkommen beschlossen werden soll, auch wenn die Klimafinanzierung offiziell nicht Thema der Addis-Konferenz ist. Es ist indes klar: ohne eine angemessene Finanzierung kann die Weltgemeinschaft weder die nachhaltigen Entwicklungsziele erreichen noch den Klimawandel bewältigen.

Alle Akteure müssen Verantwortung übernehmen: private und öffentliche. Das heißt aber auch, dass sich alle Länder beteiligen. Einen großen Anteil müssen die Industrieländer bezahlen. Zum einen können die Entwicklungs- und Schwellenländer die SDGs nicht ohne ihre finanzielle Unterstützung erreichen. Zum anderen sind die Industrieländer die Hauptverursacher des Klimawandels. Daher müssen die Industrieländer wenigstens ihre bisher gemachten Zusagen einhalten.

In Addis Abeba müssen sich die Industrieländer dazu bekennen, das bereits 1970 vereinbarte Ziel – 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) auszugeben –, einzuhalten. Die bisherige Bilanz ist ernüchternd. Bisher haben nur fünf Länder dieses Ziel erreicht: Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden und Großbritannien. Damit sie ihre Glaubwürdigkeit herstellen können, ist es notwendig, einen realistischen Zeitplan für die Umsetzung des 0,7-Prozent-Ziels zu vereinbaren. Die Europäische Union hat erklärt, das 0,7-Prozent-Ziel bis 2030 zu erreichen. Aber es ist dringend notwendig, konkrete Zwischenziele zu benennen. Die Industrieländer könnten sich in Addis beispielsweise dazu verpflichten, den Abstand zwischen dem aktuellen Niveau der öffentlichen Entwicklungsgelder und dem 0,7-Prozent-Ziel bis zum Jahr 2020 zu halbieren. Dies hat auch das *Sustainable Development Solutions Network* (SDSN) vorgeschlagen. Ohne konkrete Zeitpläne bleibt das 0,7-Prozent-Ziel ein leeres Versprechen.

Darüber hinaus sollten die Schwellenländer in Zukunft auch mehr Verantwortung übernehmen und sich in Addis Abeba dazu verpflichten, ihre Entwicklungshilfe für arme Länder signifikant zu erhöhen. Auch dafür

sollten sie ein konkretes Ziel und einen Stufenplan für dessen Erreichung vereinbaren.

Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungsleistungen muss sich ebenfalls zugunsten der ärmsten Länder ändern. Für diese Länder ist ODA die wichtigste externe Finanzierungsquelle, weil ihnen kaum private Finanzmittel zur Verfügung stehen. Im aktuellen Verhandlungsdokument für Addis Abeba vom 7. Juli wird gefordert, dass bis 2030 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens an die ärmsten Länder fließt. Aber ist das ausreichend?

Im Jahr 2009 hatten sich die Industrieländer in Kopenhagen verpflichtet, für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern öffentliche und private Finanzierungsmittel bis 2020 auf jährlich 100 Mrd. USD zu erhöhen. Dieses Ziel hat die G7 auf ihrem diesjährigen Gipfel in Elmau zwar bekräftigt. Nach wie vor ist aber offen, wie diese Summe zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren aufgeteilt wird. Darüber hinaus ist nicht klar, in welchen Schritten die Finanzmittel bis 2020 auf 100 Mrd. USD erhöht werden. Das heißt, es gibt keine konkreten Verpflichtungen für die kommenden fünf Jahre. Gleichmaßen ist die Verteilung der Mittel nur zum Teil geklärt. Wenn die Regierungen der Industrieländer ihren Anteil nicht konkretisieren und sich nicht zu einem Fahrplan für ihre Verpflichtungen bekennen, dann wird das 100-Milliarden-Ziel nicht erreicht werden und die Folgen des Klimawandels werden Entwicklungserfolge in anderen Bereichen zunehmend torpedieren. Auch wenn Klimafinanzierung nicht das Kernthema in Addis sein wird, ist es wichtig, es bereits in Addis aufzugreifen und erste Entscheidungen mit Blick auf die Klimakonferenz in Paris vorzubereiten.

Die Partnerländer selbst müssen auch Verantwortung für die Finanzierung übernehmen. Der Löwenanteil der Finanzierung wird über das inländische Steuersystem und das Wachstum des Finanzsektors mobilisiert. Die Partnerländer müssen daher notwendige Reformen in ihren Steuersystemen und -verwaltungen umsetzen. Sie müssen das Steuersystem transparent ausgestalten und die *Governance*-Strukturen verbessern. Die Industrie- und Schwellenländer können beim Aufbau von geeigneten Steuersystemen wertvolle technische Hilfe leisten.

Die Weltgemeinschaft hat in dieser Woche in Addis Abeba die einmalige Chance, durch die Sicherstellung der Finanzierung eine neue positive Dynamik für globale nachhaltige Entwicklung zu erzeugen. Die Industrieländer haben hier eine Vorreiterrolle. Wir sollten die Chance nutzen und zum Wohle der Menschheit und unseres einzigen Planeten unsere Hausaufgaben machen.